

Der BaZ-Gast: Professor Oliver Landmann



Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i. Br. (oliver.landmann@vwl.uni-freiburg.de).

Seifenoper um Arbeitszeiten und Beschäftigung

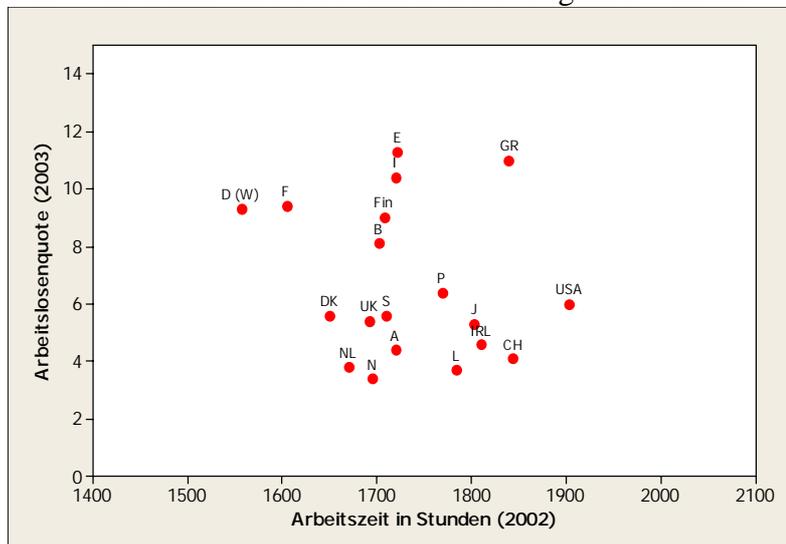
Die Seifenoper, die in endlosen Folgen und mit immer wieder überraschenden neuen Wendungen ihre Fangemeinde in den Bann ziehen, sind an sich eine Domäne der Vorabendprogramme des Fernsehens. Manchmal verirren sie sich aber auch in die Arena von Politik und Wirtschaft. Eine solche unendliche Saga ist die Dauerdiskussion um die Beschäftigungswirkungen der Arbeitszeiten. Jahrelang war die Arbeitszeit-Saga eine Arbeitszeitverkürzungs-Saga. Die immer wieder frisch aufgetischte Behauptung lautete, dass man durch Verkürzung der Arbeitszeiten Arbeitsplätze schaffen kann. Das Argument war ein sehr einfaches: Wenn alle 10% weniger arbeiten, schafft dies Platz für 10% zusätzliche Arbeitsplätze, weil die Arbeitsleistung so auf mehr Köpfe verteilt werden kann.

Aber so einfach ist es leider nicht. Der Denkfehler der Arbeitszeitverkürzungs-Arithmetik liegt in der Annahme, dass die insgesamt zu erbringende Arbeitsleistung unverändert bleibt. Dies kann im Fall eines einzelnen Betriebes sogar zutreffen, wenn er die Umverteilung der Arbeit organisatorisch schafft. Aber die gesamtwirtschaftliche Produktion und die dafür erforderliche Arbeitsleistung hängt von einem komplizierten Geflecht angebots- wie nachfrageseitiger Faktoren ab, die sich bei einer Veränderung der Arbeitszeit ebenfalls ändern. Daher ist es keine Überraschung, dass fundierte Untersuchungen nie einen systematischen Einfluss der Arbeitszeit auf den Beschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft gefunden haben. Zwar sind die Arbeitszeiten über Jahrzehnte hinweg substanziell gesunken, weil der wachsende Wohlstand auch ein wachsendes Bedürfnis nach Freizeit geschaffen hat. Aber Erfolge und Misserfolge bei der Schaffung von Arbeitsplätzen stehen mit diesem historischen Trend nicht in einem nachweisbaren Zusammenhang.

Die Grafik illustriert diesen Befund für die wichtigsten Industrieländer: Volkswirtschaften mit traditionell tiefen Arbeitslosenquoten wie die Schweiz oder die USA liegen bei der Jahresarbeitszeit mit an der Spitze. Umgekehrt gehören mit Frankreich und Deutschland jene zwei Länder, welche die Arbeitszeitverkürzung am weitesten getrieben haben, weiterhin zur Gruppe mit der höchsten Arbeitslosigkeit - was dort aber manche Politiker nicht davon abhält, Milchmädchenrechnungen anzustellen, wie viele Arbeitsplätze die 35-Stunden-Woche gebracht haben soll. Die einfache Gleichung «kurze Arbeitszeiten = gute Arbeitszeiten» ist, wenn man sie auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezieht, falsch. Auf der anderen Seite weisen Länder wie die Niederlande oder Norwegen gleichzeitig kurze Arbeitszeiten und tiefe Arbeitslosigkeit auf, während zum Beispiel die Griechen bei langer Arbeitszeit auch viele Arbeitslose haben. Kurzum: Wer hier nach einem systematischen Zusammenhang sucht, der sucht vergeblich.

In den vergangenen Monaten wurde uns nun eine ganz neue Folge der Arbeitszeit-Saga aufgetischt. Diese jüngste Sequenz steht unter dem Titel «Kurze Arbeitszeiten, Schlechte Arbeitszeiten». Das Drehbuch stammt vor allem aus Deutschland, aber auch französische und überraschenderweise sogar schweizerische Autoren haben daran mitgewirkt. Die Moral der Geschichte lautet diesmal, dass wir länger arbeiten müssen, wenn wir die Arbeitsplätze erhalten wollen. Anderenfalls, so wird uns beigebracht, büßen wir die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften ein, die uns

mit ihren tiefen Löhnen und langen Arbeitszeiten die Märkte abgraben. Und schon tobt eine Arbeitszeitverlängerungs-Kontroverse, in der all die wohlbekannten Argumente aus den alten Arbeitszeitverkürzungs-Debatten einfach mit umgekehrtem Vorzeichen wieder aus der Schublade geholt werden.



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft

Nur: Im Grunde geht es dieses Mal gar nicht um die Arbeitszeiten, sondern um die Lohnkosten. Die Arbeitszeitverlängerungen, die inzwischen bei Siemens, Bosch, Daimler-Chrysler und anderen Unternehmen vereinbart wurden, sind reine Kostensenkungsprogramme. Die Arbeitnehmer haben dabei in längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich eingewilligt, weil die Arbeitsmarktlage unverändert düster ist, weil die Unternehmen offen mit Abwanderung gedroht haben, und weil die Arbeitszeitverlängerung es erlaubt, Lohnverzicht zu leisten, ohne Einkommen zu verlieren. Was wir hier erleben, ist eine partielle Korrektur zurückliegender Übertreibungen. Die stellenweise überdrehte Lohnkostenschraube wird ein Stück weit zurückgedreht. Gleichzeitig wird den Arbeitnehmern bewusst, wie viel Einkommen die forcierten Arbeitszeitverkürzungen der Vergangenheit sie de facto gekostet haben. Wenn schon ein Opfer, so sagen sie sich deshalb heute, dann lieber ein Freizeitopfer als ein Einkommensopfer.

Kostenentlastungen können punktuell Arbeitsplatzverluste vermeiden oder wenigstens hinauszögern. Wir wissen aber auch seit langem, dass Lohnsenkungen auf breiter Front nicht das Mittel gegen eine systemweite Beschäftigungskrise sind. Beschäftigungspolitische Erfolge stellen sich dort ein, wo die Regeln des Arbeitsmarktes Spielraum für betriebliche Flexibilität lassen, wo die Lohnpolitik die von der Produktivität bestimmten Grenzen beachtet, und wo das makroökonomische Umfeld stimmt. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Arbeitszeit nur noch unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, ob für die Menschen die Balance zwischen Geld und Freizeit stimmt. Aber die Seifenoper um die Frage, ob es für mehr Arbeitsplätze eher kürzere oder längere Arbeitszeiten braucht, wird trotzdem weitergehen. Denn mit ihrer Realitätsferne und ihrem Unterhaltungswert besitzt sie alles, was eine Seifenoper erfolgreich macht.